

Mitteilung

für den Psychiatriebeirat am 14.09.2022, den Beirat für Behindertenfragen am 28.09.2022 und den Sozial- und Gesundheitsausschuss am 18.10.2022

Thema:

Erfolgreiche Bewerbung auf das Förderprogramm “Verankerung gemeindepsychiatrischer Verbände in Nordrhein-Westfalen” des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW zur Weiterentwicklung der Strukturen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bielefeld

Mitteilung:

1. Information zum Förderprogramm

Ziel des Förderprogramms “Verankerung gemeindepsychiatrischer Verbände in Nordrhein-Westfalen” ist es, die Hilfeleistungen für psychisch kranke Menschen vor Ort zu verbessern. Gefördert werden die Personalkosten einer Koordinierungsstelle sowie Sachkosten für eine Arbeitsplatz-Grundausrüstung.

Antragsberechtigt waren Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen. Die Umsetzung des Projekts kann an einen örtlichen freien Träger übertragen werden.

Die Antragstellung erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention und dem Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV) in Bielefeld. Mit der Durchführung des Projekts wird der seit vielen Jahren im GPV tätige Träger Bethel.regional beauftragt.

2. Kurzbeschreibung Projekt

Aufbauend auf den bisherigen Tätigkeiten und Aufgaben des GPV soll durch das Projekt eine Weiterentwicklung des GPV ermöglicht werden. Dies umfasst insbesondere

- die Koordination und Unterstützung von Arbeitsgruppen und Projekten des GPV. Dazu gehört u.a. die Organisation, Aktualisierung und Weiterentwicklung
 - trägerübergreifender GPV-Fortbildungen für die Mitarbeitenden,
 - der GPV-Homepage,
 - des GPV-Konzeptes zum Umgang mit Straffälligkeit und Forensik in der gemeindepsychiatrischen Arbeit,
 - des Qualitätszirkels Hilfeplanung,
- die Unterstützung der GPV-Beteiligung an gemeindepsychiatrischen Entwicklungen und Initiativen, z.B. im Zusammenhang
 - mit der sozialpsychiatrischen Krisenintervention im Rahmen der Bielefelder Kooperationserklärung Krisenintervention,
 - mit der psychiatrischen Versorgung (insbesondere Kinder- und Jugendpsychiatrie, Transaktionspsychiatrie, Beschäftigung für Menschen mit psychischen Erkrankungen)
 - mit der Abstimmung bei der Aufnahme von Klient*innen (z.B. mit forensischem Hintergrund, Vermittlungshemmnissen oder in Zeiten von Versorgungsengpässen).

Die Vereinbarung der konkreten Maßnahmen erfolgt im Rahmen einer GPV-Klausur Anfang 2023.

3. Bewilligung

Mit Bescheid vom 09.05.2022 der Bezirksregierung Detmold hat das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention eine Förderzusage für die Durchführung des Projekts im Umfang der maximalen Förderhöhe i.H.v. 132.500 Euro für den Projektzeitraum 01.07.2022 – 31.12.2024 erhalten.

Den Fördermitteln stehen voraussichtliche Gesamtkosten in Höhe von 156.250 Euro sowie ein Eigenanteil im Umfang von 20% der Personal- und Sachkosten gegenüber.

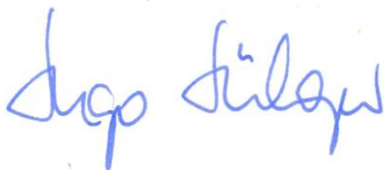
Der Stiftungsbereich Bethel.regional übernimmt die Anstellungsträgerschaft und Personalverantwortung sowie den v.g. Eigenanteil an den Gesamtkosten.

Eine darüberhinausgehende Bereitstellung von Eigenmitteln durch die Stadt Bielefeld oder den Träger Bethel.regional erfolgt nicht.

4. Aktueller Stand

Die Vorbereitungen für das Projekt haben am 01.07.2022 begonnen. Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen erfolgt in enger Abstimmung mit der Sprechergruppe und der Trägerkonferenz des GPV Bielefeld unter Beteiligung der Psychiatriekoordinatorin der Stadt Bielefeld.

Im letzten Jahr der Förderung soll die Koordination der erarbeiteten Themenfelder und ihre Umsetzung in die Praxis sowie die daraus entstehenden Strukturen in die regelhaften Strukturen des GPV Bielefeld übergehen und die Schaffung einer dauerhaften Koordinationsstelle im Trägerverbund geprüft werden.



Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter